

# Mengenrabatt für Restmüll?

Kreistag will auch mit den neuen Tonnen bei einer fixen Jahresgebühr bleiben

**Im Diskurs über das zukünftige System der Müllgebühren ab 2013 setzten sich gestern Abend die Kreistagsfraktionen von CDU, FWV und SPD gegen Grüne und FDP durch.**

**CHRISTIANE HOYER**

**Kreis Tübingen.** Damit entschied sich die Mehrheit für eine Variante, die nach Ansicht von Robert Hahn (SPD) „möglichst nah am alten System bleibt“. Dieses gilt zwar noch bis 2012. Dann aber muss der Landkreis die EU-Richtlinien umsetzen und neue Mülleimer mit 40, 60, 120, 240, 660 und 1100 Litern Inhalt auf Rädern einführen. Bereits im März einigte sich der Kreistag auf mindestens zwölf Leerungen im Jahr. Wer seine Mülltonne wie bisher alle 14 Tage vor die Tür stellt, muss extra

zahlen – dies wird über einen Chip am Mülleimer abgerechnet.

Nach welchem System aber sollen zukünftig die Gebühren erhoben werden? Soll der Biomüll günstiger werden zulasten des Restmülls? Rechnet man die „sonstigen Kosten“ für Sperrmüll, Altpapier, Häckselgut, Holz, Metall und Elektrogeräte in die Jahresgebühr hinein oder nicht? Wie schafft man Anreize, möglichst wenig Restmüll bei größeren Tonnen zu produzieren? Der Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebs Thomas Meyer-Knufinke erläuterte die Hauptunterschiede.

Das Rechenbeispiel der Kreisverwaltung sieht bei einer 14-tägigen Restmüll-Leerung (26 Leerungen im Jahr) und einem 60-Liter-Eimer eine Jahresgebühr von 110 Euro vor. Darin enthalten sind die sonstigen Kosten. Wer nur einmal im Monat seinen Eimer rausstellt, bezahlt nur

69,56 Euro im Jahr. Jede Zusatzleerung kostet 2,89 Euro extra. Der Bioabfall kostet 67,95 Euro.

„Keinen Mengenrabatt“ sollte es nach Ansicht von Grünsprecherin Sabine Schlager für die Bürger/innen geben, die mehr Restmüll produzieren. Nach dem Grünen-Modell sollten sämtliche Kosten auf die einzelne Leerung umgelegt werden. Danach wäre die monatliche Leerung eines 60-Liter-Eimers mit 50,81 Euro im Jahr vergleichsweise günstig gegenüber dem Berechnungsmodell der Kreisbehörde (69,56 Euro). Jede Zusatzleerung würde aber doppelt so teuer: 4,23 Euro. Außerdem schlugen die Grünen eine Quersubventionierung des Bioabfalls über die Restmüllgebühr von 9 Euro pro Jahr vor. Gartenbesitzer, so Schlager, bekämen schließlich auch Grüngut abgeholt und würden sich vielleicht, wenn sie älter würden, für den Um-

stieg auf die Biotonne entscheiden. Während Meyer-Knufinke den Verwaltungsvorschlag als Mittelweg mit kalkulatorischer Sicherheit lobte, mit dem man auch „die Bürger dazu bringt, am Müll zu sparen“, argumentierte Dietmar Schöning (FDP) dagegen: Anreize zur Müllervermeidung schaffe man beim Bürger am ehesten mit dem Grünen-Vorschlag. Deren Befürchtung, die Bewohner würden ihren Biomüll in die Restmülltonnen geben, weil die vorgeschlagenen Biomüll-Gebühren vergleichsweise hoch sind, konnte Hahn nicht nachvollziehen.

In einem ländlich geprägten Landkreis würden viele selbst kompostieren und bräuchten gar keinen Biomülleimer. Bioabfall, so der Diplom-Chemiker Wolfgang Bleicher (Grüne), könnte schon in absehbarer Zeit als Energielieferant „hohe Erträge bringen“.